

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU
auf Annahme einer EntschlieÙung

1. Mai in Berlin – Dank an die Polizei für den besonnenen Einsatz, keine Toleranz für Linksextremisten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Feierlichkeiten zum 1. Mai 2017 waren in Berlin zwar überwiegend ruhig, nichtsdestotrotz kann leider nicht von einem wirklich friedlichen 1. Mai gesprochen werden.

Unser Dank gilt allen eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unserer Berliner Polizei, aber auch den Unterstützungskräften aus den anderen Bundesländern und der Bundespolizei für ihren umsichtigen Einsatz. Die Polizei hat mit Besonnenheit und Entschlossenheit dafür gesorgt, dass die gewaltbereiten Demonstranten weitestgehend keine Gelegenheit hatten, Straftaten zu begehen.

Von einem wirklich friedlichen 1. Mai kann erst gesprochen werden, wenn keine Polizeibeamtin und kein Polizeibeamter mehr verletzt werden. Leider kam es auch in diesem Jahr zu zahlreichen Angriffen auf die Polizei mit mehreren Verletzten. Aufrufe zu Gewalt und die Aussage „Ganz Berlin hasst die Polizei“ werden von uns nicht toleriert und aufs Schärfste verurteilt. Jeder verletzte Polizist ist einer zu viel! Wir hoffen auf eine schnelle und vollständige Genesung der verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten.

Auch Abgeordnete dürfen nicht attackiert werden, denn dies ist zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie. Unsere Solidarität gilt damit unserem angegriffen Kollegen, der glücklicherweise nicht verletzt wurde. Wir fordern Null Toleranz gegenüber gewaltbereiten Demonstranten.

Die Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin beweisen, dass ein klares Bekenntnis auch gegen Linksextremismus in unserer Stadt gesetzt werden muss. Es kann nicht geleugnet werden, dass eine große Gefahr von linksextremer Gewalt ausgeht.

Wer friedlich demonstrieren oder protestieren möchte, kann das tun, das gehört gerade zum Wesen unserer Demokratie. Wer aber gezielt Gewalt sucht, auf Einschüchterung und Bedrohungen setzt, der greift unseren Staat, unsere freiheitliche Demokratie und alle Menschen in unserer Stadt an und stellt sich auf eine Stufe mit Terroristen. Dagegen muss sich ein starker Staat wehren und seine Bürger und die Einsatzkräfte gleichermaßen schützen.

Wir erwarten, dass die Straftäter konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Dazu gehören neben den Gewalttätern auch die Initiatoren des nicht angemeldeten 18:00 Uhr-Demonstrationszuges, die sich nach § 26 Versammlungsgesetz strafbar gemacht haben. Geltendes Recht muss nun auch durchgesetzt werden.

Wir appellieren an alle, auf Gewalt zu verzichten, sich klar zu unserer Demokratie zu bekennen und sich gegen diejenigen zu stellen, die unseren Staat bekämpfen! Sie haben keinen Platz in unserer Gesellschaft!

Berlin, den 2. Mai 2017

Graf Melzer Dregger Trapp Wansner Lenz
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU